

## **Planfeststellungsbeschluss**

**für die technische Sicherung des Bahnübergangs  
Osterwalder Str. (BÜ 105) sowie den Rückbau des  
vorhandenen Bahnübergangs Roggenkamp (BÜ104)  
bei gleichzeitiger Herstellung eines Parallelweges**

**Datum: 27.08.2024**

**Az.: 4128-30224-170**



**Niedersachsen**



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>VERFÜGENDER TEIL .....</b>	<b>4</b>
<b>1.1</b>	<b>Feststellung des Planes .....</b>	<b>4</b>
<b>1.2</b>	<b>Planunterlagen.....</b>	<b>4</b>
1.2.1	Festgestellte Planunterlagen.....	4
1.2.2	Nachrichtlich beigefügte Planunterlagen.....	5
<b>1.3</b>	<b>Inhalts- und Nebenbestimmungen .....</b>	<b>5</b>
1.3.1	Allgemeine Nebenbestimmungen .....	5
1.3.2	Natur- und Landschaftsschutz / Artenschutz .....	5
1.3.3	Baumaschinen / Baulärm .....	5
1.3.4	Kampfmittel .....	5
1.3.5	Abfallentsorgung .....	6
1.3.6	Vorbehalt zur eisenbahnrechtlichen Bauausführungsplanung.....	6
<b>1.4</b>	<b>Zusagen .....</b>	<b>6</b>
1.4.1	Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA) .....	6
1.4.2	Gasunie Deutschland Transport Service GmbH.....	6
1.4.3	Westnetz GmbH .....	7
1.4.4	Deutsche Telekom Technik GmbH .....	7
<b>1.5</b>	<b>Vorbehalte .....</b>	<b>7</b>
1.5.1	Allgemeiner Vorbehalt .....	7
1.5.2	Entscheidungsvorbehalt .....	8
<b>1.6</b>	<b>Kostenentscheidung .....</b>	<b>8</b>
<b>2</b>	<b>BEGRÜNDUNG .....</b>	<b>9</b>
<b>2.1</b>	<b>Sachverhalt .....</b>	<b>9</b>
2.1.1	Beschreibung des Vorhabens .....	9
2.1.2	Verfahrensablauf .....	9
<b>2.2</b>	<b>Rechtliche Erwägungen .....</b>	<b>11</b>
2.2.1	Formelle Rechtmäßigkeit .....	11
2.2.1.1	Zuständigkeit .....	11
2.2.1.2	Erfordernis eines Planfeststellungsverfahrens .....	12
2.2.1.3	Verfahrensrechtliche Bewertung .....	12
2.2.1.4	Umweltverträglichkeitsprüfung .....	12
2.2.2	Materielle Rechtmäßigkeit .....	14
2.2.2.1	Planrechtfertigung .....	14
2.2.2.2	Variantenprüfung .....	15
2.2.2.2.1	Nullvariante .....	15
2.2.2.2.2	Bahnübergang Osterwalder Straße .....	15
2.2.2.2.3	Bahnübergang Roggenkamp .....	15
2.2.2.2.4	Wahl der Vorzugsvariante .....	16
2.2.2.3	Naturschutzrecht .....	16
2.2.2.3.1	Eingriffsregelung .....	16
2.2.2.3.2	Eingriff .....	16
2.2.2.3.3	Vermeidungsgebot .....	16
2.2.2.3.4	Ausgleich und Ersatz .....	17
2.2.2.3.5	Naturschutzfachliche Abwägung.....	18



2.2.2.4	Artenschutz .....	18
2.2.2.5	Immissionen .....	19
2.2.2.6	Eisenbahn .....	20
2.2.2.7	Gesamtabwägung .....	20
<b>2.3</b>	<b>Private Einwendungen .....</b>	<b>21</b>
<b>2.4</b>	<b>Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange .....</b>	<b>21</b>
2.4.1	Keine Anmerkungen/Hinweise/Bedenken .....	21
2.4.2	Gasunie Deutschland Transport Services GmbH .....	21
2.4.3	Westnetz GmbH .....	22
2.4.4	LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht MBH .....	22
2.4.5	Deutsche Telekom Technik GmbH .....	22
2.4.6	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie .....	22
2.4.7	LGLN – Kampfmittelbeseitigungsdienst .....	23
<b>2.5</b>	<b>Begründung zur Kostenentscheidung .....</b>	<b>23</b>
<b>3</b>	<b>RECHTSBEHELFSBELEHRUNG .....</b>	<b>23</b>
<b>4</b>	<b>HINWEISE .....</b>	<b>23</b>
4.1	Landeseisenbahnaufsicht .....	23
4.2	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie .....	23
4.3	Hinweise zur Zugänglichmachung .....	24
4.4	Außerkräfttreten .....	24
4.5	Berichtigungen .....	24



## Planfeststellungsbeschluss

gemäß § 18 AEG<sup>1</sup> i. V. m. §§ 72 ff VwVfG<sup>2</sup>

**für die technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Str. (BÜ 105) sowie den Rückbau des vorhandenen Bahnübergangs Roggenkamp (BÜ104) bei gleichzeitiger Herstellung eines Parallelweges**

### 1 Verfügender Teil

#### 1.1 Feststellung des Planes

Für das oben genannte Vorhaben der Bentheimer Eisenbahn Netz GmbH – nachfolgend Vorhabenträgerin genannt – werden die unter Ziff. 1.2.1 aufgeführten Unterlagen nach Maßgabe der Inhalts- und Nebenbestimmungen unter Ziff. 1.3 festgestellt.

#### 1.2 Planunterlagen

##### 1.2.1 Festgestellte Planunterlagen

Bezeichnung der Unterlagen	Anlage-Nr.	Maßstab
Übersichtsplan	2	
BÜ 105 Bestand	5	1:250
BÜ 105 Planung	5	1:250
Gesamtplanung	5	1:500
Schnitt - Bahnparallelweg	5	1:50
Konflikt- und Maßnahmenplan	6	1:1.500
Maßnahmenblätter BÜ Osterwalder Str.	6	
Maßnahmenblätter BÜ Roggenkamp	6	
Grundstückseigentümerverzeichnis (GEV) zum Bauvorhaben	7	

Die festgestellten Planunterlagen sind mit dem Dienstsiegel Nr. 83 der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gekennzeichnet (NLSTBV). Die Folgeseiten einer mehrseitigen Unterlage sind durch Stanzung gekennzeichnet. Unterlagen ohne Siegelaufdruck gehören nicht zum genehmigten Plan. Sie sind den genehmigten Unterlagen nachrichtlich beigelegt.

<sup>1</sup> Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378, 2396, 1994 I, S. 2439), in der derzeit gültigen Fassung.

<sup>2</sup> Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), in der derzeit gültigen Fassung.





### 1.2.2 Nachrichtlich beigefügte Planunterlagen

Die nachfolgend aufgeführten Unterlagen sind nachrichtlich beigefügt und bedürfen keiner Planfeststellung:

Bezeichnung der Unterlagen	Anlage-Nr.	Maßstab
Deckblatt	1	
Erläuterungsbericht	3	
Vorprüfung UVP	4	
LFB Bahnübergang Osterwalder Str.	6	
LFB Bahnübergang Roggenkamp Rückbau	6	

### 1.3 Inhalts- und Nebenbestimmungen

#### 1.3.1 Allgemeine Nebenbestimmungen

1. Die Fertigstellung des Vorhabens ist der Planfeststellungsbehörde innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Bauarbeiten anzuzeigen.
2. Soweit im Nachfolgenden keine weitergehenden Anforderungen geregelt sind, sind bei der Durchführung des planfestgestellten Vorhabens die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten und die im Bauwesen erforderliche Sorgfalt anzuwenden.
3. Die Vorhabenträgerin hat die Kosten, die aus der Erfüllung der im Planfeststellungsbeschluss genannten Auflagen und Nebenbestimmungen entstehen, vollständig zu tragen. Das gilt nicht, wenn eine Kostentragungspflicht gesetzlich geregelt ist oder sich die Kostentragung nach bestehenden Verträgen zwischen der Vorhabenträgerin und Dritten richtet.

#### 1.3.2 Natur- und Landschaftsschutz / Artenschutz

Die Maßnahmenblätter des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Unterlage 6) sowie der Konflikt- und Maßnahmenplan (Unterlage 6) werden als Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen mit dem Planfeststellungsbeschluss verbindlich. Alle darin aufgeführten Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen betreffend aller dort genannten Schutzgüter sind umzusetzen.

#### 1.3.3 Baumaschinen / Baulärm

Die verwendeten Baumaschinen müssen dem Stand der Technik entsprechen und die Einhaltung der relevanten Verwaltungsvorschriften zum Baulärm gewährleisten (32. BImSchV). Die Anforderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV-Baulärm) sind einzuhalten.

#### 1.3.4 Kampfmittel

Die Vorhabenträgerin hat dafür Sorge zu tragen, dass ein Vorhandensein von Kampfmitteln



innerhalb des Baufelds vor der Baumaßnahme so weit wie möglich ausgeschlossen werden kann. Hierfür ist vor Erdarbeiten im Rahmen der Baudurchführung eine Gefährdungsbeurteilung von dem Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landesamts für Geoinformationen und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln – Hannover, Dorfstraße 19, 30519 Hannover, kbd-postfach@lgl.niedersachsen.de einzuholen.

Sofern diese Gefährdungsbeurteilung weitere Schritte empfiehlt (bspw. Luftbilddauswertung, Sondierung), sind diese ebenfalls durchzuführen.

Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel, unbekannte Metallteile oder verdächtige Verfärbungen auftreten sind die Arbeiten aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen und die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN, bei der Regionaldirektion Hameln-Hannover des LGLN, umgehend zu benachrichtigen.

### **1.3.5 Abfallentsorgung**

Aushub der durch die Öffnung des Bahnseitengrabens anfällt, hat die Vorhabenträgerin ordnungsgemäß zu entsorgen.

### **1.3.6 Vorbehalt zur eisenbahnrechtlichen Bauausführungsplanung**

Die Planfeststellung ergeht vorbehaltlich der Prüfung der eisenbahnbetriebsbezogenen Ausführungsplanung durch die LEA als zuständige Aufsichtsbehörde.

## **1.4 Zusagen**

Sämtliche schriftliche Zusagen der Vorhabenträgerin sind einzuhalten. Davon erfasst sind auch Zusagen gegenüber der Planfeststellungsbehörde. Insbesondere sind hiervon folgende Zusagen umfasst:

### **1.4.1 Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA)**

Die Hinweise und Auflagen der LEA vom 16.05.2024 (AZ: BEN 1 / L2-4048) sind zu beachten.

### **1.4.2 Gasunie Deutschland Transport Service GmbH**

Sämtliche Maßnahmen im Schutzstreifen der Erdgastransportleitung bzw. der Kabel sind in Anwesenheit eines Gasunie-Mitarbeiters durchzuführen. Dabei ist der zuständige Leitungsbetrieb bereits über Arbeiten im Näherungsbereich ab ca. 50 m zur Erdgastransportleitung bzw. zum Kabel zu informieren.

Ein Gasunie-Mitarbeiter wird die Lage des Schutzstreifens ermitteln, kennzeichnen und die vor Ort tätigen Personen einweisen. Diesbezüglich ist es zwingend erforderlich, spätestens 5 Werktage vor Beginn jeglicher Maßnahmen im Schutzstreifenbereich, Kontakt zu folgendem Leitungsbetrieb aufzunehmen:

**Gasunie Deutschland Transport Services GmbH**

**Standort Folmhusen**

**Holter Weg 35**

**26817 Rhaderfehn**

**Tel.: 04952/92800-65**



Von der Anfrage abweichende Tätigkeiten sind erneut bei der Gasunie anzufragen.

Die Gasunie ist von allen Kosten, die in Folge der Baumaßnahme entstehen könnten (z.B. nachträglich erforderliche Sicherheitsmaßnahmen oder im Vergleich zum ursprünglichen Zustand erhöhter Aufwendungen bei Reparatur-, Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten) freizuhalten.

#### **1.4.3 Westnetz GmbH**

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufende Versorgungseinrichtungen der Westnetz GmbH müssen in Trasse (Lage) und Standort (Bestand) grundsätzlich erhalten bleiben. Sie dürfen weder beschädigt oder anderweitig gefährdet werden. Es ist sicherzustellen, dass diese Einrichtungen durch das Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte der Fortbestand der Versorgungsleitungen beeinträchtigt werden, so ist die Netzplanung rechtzeitig zu benachrichtigen (Herr R. Heils, Tel.: 0152 26448 728, [rene.heils@westnetz.de](mailto:rene.heils@westnetz.de)).

Sollte sich durch das Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung der Anlagen, wie z. B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, gelten dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik.

Vorhandene Leitungstrassen werden grundsätzlich von Baumpflanzungen freigehalten. Die genauen Baumstandorte sind mit dem Netzbezirk Veldhausen (Tel.: 05941 910-1991) abzustimmen.

#### **1.4.4 Deutsche Telekom Technik GmbH**

Rechtzeitig vor Baubeginn hat sich die Vorhabenträgerin mit der Deutschen Telekom Technik GmbH bezgl. der vorhandenen Telekommunikationslinien abzustimmen.

Beschädigung an den vorhandenen Telekommunikationslinien sind zu vermeiden. Aus betrieblichen Gründen ist der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit zu gewährleisten.

Vor Bauausführung ist sich über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom zu informieren (<https://trassenauskunftkabel.telekom.de> oder per E-Mail: [Planauskunft.Nord@telekom.de](mailto:Planauskunft.Nord@telekom.de)).

Bei notwendiger Änderung / Verlegung der Telekommunikationslinien sind zwei Monate vor der Ausschreibung die endgültigen Ausbaupläne zuzusenden und die Ausschreibungs- und Ausführungstermine mitzuteilen.

### **1.5 Vorbehalte**

#### **1.5.1 Allgemeiner Vorbehalt**

Änderungen und Ergänzungen dieses Planfeststellungsbeschlusses, die aus rechtlichen, verkehrlichen oder bautechnischen Gründen erforderlich sind, bleiben vorbehalten; die Regelung des § 76 VwVfG bleibt hiervon unberührt.



### **1.5.2 Entscheidungsvorbehalt**

Dieser Planfeststellungsbeschluss enthält eine Reihe von Abstimmungserfordernissen zwischen der Vorhabenträgerin und einzelnen Fachbehörden bzw. Versorgungsträgern über Details der Baudurchführung bzw. -tätigkeit. Die Planfeststellungsbehörde geht davon aus, dass diese Abstimmungen einvernehmlich erfolgen. Sofern im Einzelfall ein solches Einvernehmen nicht erzielbar ist, entscheidet die Planfeststellungsbehörde auf Antrag eines Beteiligten. Eine entsprechende Entscheidung bleibt vorbehalten.

### **1.6 Kostenentscheidung**

Die Vorhabenträgerin hat als Veranlasserin der Amtshandlung die Kosten des Verfahrens zu tragen.





## **2 Begründung**

### **2.1 Sachverhalt**

#### **2.1.1 Beschreibung des Vorhabens**

Verfahrensgegenstand ist die technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Str. (BÜ 105). Diese Sicherung beinhaltet den Einbau einer technischen Sicherungsanlage mit Lichtsignalen, einer BÜ-Akustik und Halbschranken. Die Straßenbreite wird hierbei jeweils 25 m vor dem Bahnübergang auf mind. 5,5 m Breite ausgebaut. Ein gesonderter Geh- und Radweg wird im Rahmen dieses Vorhabens nicht angelegt.

Zudem soll der Bahnübergang Roggenkamp, der in der aktuellen Verkehrsbelastung als schwach einzustufen ist, zurückgebaut werden. Sowohl die vorhandene Befestigung im Bereich des Bahnübergangs als auch die Befestigung in Richtung Westen (390 qm) sollen entsiegelt werden.

Damit die hinter dem Bahnübergang befindlichen landwirtschaftlichen Flächen weiterhin erreichbar sind, wird ein Bahnparallel zur Erschließung dieser Flächen angelegt. Dieser verläuft vom Bahnübergang Osterwalder Str. östlich der Gleise bis zu dem rückzubauenden Bahnübergang Roggenkamp. Der Parallelweg hat eine Länge von insgesamt 265,5 m und ist 3,5 m breit.

Mit der technischen Sicherung soll die Sicherheit an dem Bahnübergang Osterwalder Str. erheblich gesteigert werden. Zusätzlich erfolgt eine weitere Minimierung der Gefahrenpunkte (Schiene/Straße) durch die Aufhebung des Bahnübergangs Roggenkamp.

#### **2.1.2 Verfahrensablauf**

Gemäß §§ 18, 18b Satz 1 AEG i. V. m. §§ 72 ff. VwVfG hat die Vorhabenträgerin mit Datum vom 16.04.2024 den Antrag zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für die technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Str. (BÜ 105) sowie den Rückbau des vorhandenen Bahnübergangs Roggenkamp (BÜ 104) bei gleichzeitiger Herstellung eines Parallelweges gestellt.

Die Planfeststellungsbehörde führte eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht (im Folgenden: UVP-Vorprüfung) durch und stellte fest, dass erhebliche negative Umweltauswirkungen infolge des Änderungsvorhabens nicht zu erwarten sind. Für das Vorhaben wurde daher am 25.04.2024 festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht (§ 5 Abs. 1 UVPG<sup>3</sup>), siehe auch Kapitel 2.2.1.4. Die Begründung zum Ergebnis der UVP-Vorprüfung ist abrufbar unter <https://uvp.niedersachsen.de> – „Technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Str. (BÜ 105) sowie den Rückbau des Bahnübergangs Roggenkamp (BÜ 104) bei gleichzeitiger Herstellung eines Parallelweges“.

Von der Planfeststellungsbehörde wurde das Planfeststellungsverfahren am 26.04.2024 ein-

---

<sup>3</sup> Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung vom 18.03.2021 (BGBl I 2021, 540), in der derzeit gültigen Fassung.



geleitet. Die Auslegung der Planunterlagenerfolgte gem. § 18a Abs. 3 AEG über die Internetseite der NLStBV in der Zeit vom 11.05.2024 bis 10.06.2024. Gem. §18a Abs. 3 AEG hat die Bekanntmachung der Auslegung der Planunterlagen in örtlichen Tageszeitungen, in deren Verbreitungsgebiet sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, zu erfolgen. Die Bekanntmachung der Auslegung erschien auf Veranlassung der NLStBV am 04.05.2024 in der Tageszeitung „Grafschafter Nachrichten“. Auf die Möglichkeit alternativ eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zu den Planunterlagen zu erhalten wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.

Bis zum Ende der Einwendungsfrist mit Ablauf des 24.06.2024 sind keine Einwendungen von privaten Betroffenen eingegangen. Parallel beteiligte die Planfeststellungsbehörde die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit E-Mail vom 03.05.2024. Die Neptune Energy Deutschland GmbH wurde nachträglich am 25.06.2024 beteiligt sowie das LGLN – Kampfmittelbeseitigungsdienst und LGLN – Festpunktfelder mit Datum vom 27.06.2024. Stellungnahmefrist wurde bis einschließlich 09.07.2024 gewährt. Von diesen wurden 20 Stellungnahmen zum Vorhaben abgegeben.

Folgende Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

Lfd. Nr.	Träger öffentlicher Belange
1	ArL Weser-Ems
2	DB Energie GmbH
3	DB Netz AG
4	Deutsche Bahn AG DB Immobilien
5	Deutsche Telekom Technik GmbH
6	Eisenbahn-Bundesamt
7	Ericsson Services GmbH
8	EWE Netz GmbH
9	Gascafe Gastransport GmbH
10	Gasunie Deutschland Transport Services GmbH
11	LBEG
12	Landkreis Grafschaft Bentheim
13	LEA
14	LGLN - RD Osnabrück-Meppen
15	NLStBV – rGB Lingen
16	NLWKN – Betriebsstelle Meppen
17	Nowega GmbH
18	Nvb GmbH
19	PleDOC
20	Polizeikommissariat Norhorn
21	Samtgemeinde Neuenhaus
22	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück
23	Telefonica Germany GmbH & Co. KG
24	Unterhaltungsverband Nr. 114 Vechte
25	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
26	Westnetz GmbH
27	Stadtwerke Neuenhaus
28	Neptune Energy Deutschland GmbH





29	LGLN - Kampfmittelbeseitigungsdienst
30	LGLN - Festpunktfelder

Die folgenden Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme abgegeben:

Lfd. Nr.	Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
1	Ericsson Services GmbH	07.05.2024
2	EWE Netz GmbH	13.05.2024
3	Gasunie Deutschland Transport Services GmbH	13.05.2024
4	Nvb GmbH	13.05.2024
5	NLStBV rGB Lingen	14.05.2024
6	Westnetz GmbH	13.05.2024
7	LGLN RD Osnabrück-Meppen	14.05.2024
8	DB Energie GmbH	15.05.2024
9	Gascade Gastransport GmbH	15.05.2024
10	LEA	16.05.2024
11	PleDOC GmbH	15.05.2024
12	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück	28.05.2024
13	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	29.05.2024
14	Eisenbahn - Bundesamt	04.06.2024
15	Deutsche Telekom Technik GmbH	19.06.2024
16	LBEG	24.06.2024
17	LGLN – Kampfmittelbeseitigungsdienst	27.06.2024
18	Neptune Energy Deutschland GmbH	28.06.2024
19	Nowega GmbH	26.06.2024
20	LGLN – Festpunktfelder	17.07.2024

Der Vorhabenträgerin wurden die im Rahmen der Anhörung eingegangenen Stellungnahmen jeweils per E-Mail über einen Zeitraum vom 16.05.2024 bis 17.07.2024 übersendet. Mit E-Mail vom 25.06.2024 hat die Vorhabenträgerin auf die Stellungnahmen T01 bis T15 geantwortet sowie mit E-Mail vom 26.06.2024 auf die Stellungnahme T16. Eine Gegenäußerung zu den Stellungnahmen T17 bis T20 war aus Sicht der Planfeststellungsbehörde nicht erforderlich.

Auf der Grundlage des § 18a Abs. 5 AEG hat die Planfeststellungsbehörde auf die Durchführung eines Erörterungstermins verzichtet. Dieses Vorgehen wurde den Trägern öffentlicher Belange mit E-Mail vom 10.07.2024 angekündigt. Bedenken hiergegen wurden nicht geäußert.

## 2.2 Rechtliche Erwägungen

### 2.2.1 Formelle Rechtmäßigkeit

#### 2.2.1.1 Zuständigkeit

Für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach § 18 AEG ist gemäß § 12 Abs. 3 ZustVO-Verkehr<sup>4</sup> die NLSTBV zuständig. Intern obliegen diese Aufgaben dem Dezernat 41 (Planfeststellung) des Zentralen Geschäftsbereichs der NLStBV. Vorhabenträgerin in diesem

<sup>4</sup> Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Verkehr (ZustVO-Verkehr) vom 25. August 2014 (Nds. GVBl. 2014, Seite 249), in der derzeit gültigen Fassung.



Verfahren ist die Bentheimer Eisenbahn Netz GmbH.

### **2.2.1.2 Erfordernis eines Planfeststellungsverfahrens**

Nach § 18 AEG dürfen Betriebsanlagen einer Eisenbahn nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt worden ist. Dies setzt ein Verfahren nach §§ 18 ff. AEG i. V. m. §§ 72 bis 78 VwVfG voraus. Die Verfahrensvorschriften wurden eingehalten, insbesondere hat ein ordnungsgemäßes Anhörungsverfahren stattgefunden (vgl. näher unter 2.1.1 und 2.2.1.3).

### **2.2.1.3 Verfahrensrechtliche Bewertung**

Die Planfeststellung beruht auf einem ordnungsgemäßen Verfahren.

Grundsätzlich gilt für Eisenbahninfrastrukturen, die von Eisenbahninfrastrukturunternehmen in Niedersachsen betrieben werden und nicht zu einer Eisenbahn des Bundes gehören, das Niedersächsische Gesetz über Eisenbahnen und Seilbahnen (vgl. § 1 NESG). Das NESG trifft keine Regelung bezüglich Planfeststellungen, so dass als Rechtsgrundlage die Regelungen des AEG heranzuziehen sind, insbesondere die §§ 18 ff. AEG.

Gem. § 18 Abs. 1 AEG dürfen Betriebsanlagen einer Eisenbahn nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt bzw. genehmigt worden ist. Die Öffentlichkeit sowie die in ihrem Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind beteiligt worden. Die nach den §§ 18 ff. AEG, §§ 72 ff. VwVfG vorgeschriebenen Fristen wurden eingehalten (vgl. näher oben unter 2.1.2).

Der Verzicht auf einen Erörterungstermin beruht auf einer Entscheidung nach § 18a Abs. 5 AEG. Danach kann die Planfeststellungsbehörde – nach pflichtgemäßem Ermessen – auf den Erörterungstermin verzichten. Der Verzicht auf den Erörterungstermin ist ermessenfehlerfrei, wenn hinsichtlich der einzelnen Äußerungen kein Erörterungsbedarf besteht. Dies ist der Fall, wenn absehbar ist, dass durch die Befassung mit den Äußerungen im Wege der Erörterung keine der Funktionen des Erörterungstermins erfüllt werden kann. So liegt es hier. Einwendungen wurden nicht erhoben. Es war darüber hinaus nicht zu erwarten, dass die Planfeststellungsbehörde mit der Durchführung eines Erörterungstermins weitere Informationen hätte hinzugewinnen bzw. einen neuen Blickwinkel auf den Sachverhalt erhalten und die betroffenen Belange besser einschätzen und gewichten können. Darüber hinaus werden vorhabenbedingt – soweit ersichtlich – keine Konflikte ausgelöst, die einer gemeinsamen Erörterung bedürfen. Die Behörden, deren Aufgabenbereiche in erster Linie infolge des planfestgestellten Vorhabens berührt sind, haben unter Berücksichtigung der Erwidern der Vorhabenträgerin zu den Stellungnahmen und nach Anfrage der Planfeststellungsbehörde vom 10.07.2024 keine Einwände gegen einen Verzicht auf einen Erörterungstermin vorgetragen.

### **2.2.1.4 Umweltverträglichkeitsprüfung**

Die Planfeststellungsbehörde kommt im Rahmen der Vorprüfung des Einzelfalls insgesamt zu der Einschätzung, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen infolge des Vorhabens nicht zu erwarten sind. Für das Vorhaben wurde daher festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Diese Feststellung wurde der



Öffentlichkeit am 25.04.2024 auf dem UVP-Portal des Landes Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de>) – „Technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Str. (BÜ 105) sowie den Rückbau des Bahnübergangs Roggenkamp (BÜ 104) bei gleichzeitiger Herstellung eines Parallelweges“ bekanntgegeben (§ 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG).

Gemäß § 5 Abs. 1 UVPG stellt die zuständige Behörde unverzüglich fest, dass nach den §§ 6 bis 14a UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht oder nicht.

Die UVP-Pflicht ergibt sich bei Änderungsvorhaben grundsätzlich aus § 9 UVPG. Bei Änderungen von Schienenwegen greift indes der speziellere § 14a UVPG. Gemäß § 14a Abs. 3 Nr. 3 UVPG i. V. m. Ziff. 14.7 der Anlage 1 des UVPG besteht bei Schienenänderungsvorhaben, wie dem hiesigen, die UVP-Pflicht immer dann, wenn die Vorprüfung ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Diese allgemeine Vorprüfung wurde anhand der Merkmale des Vorhabens (Anlage 3 Nr. 1 UVPG), des Standorts des Vorhabens (Anlage 3 Nr. 2 UVPG) sowie der Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen des Vorhabens (Anlage 3 Nr. 3 UVPG) durchgeführt.

Die Vorhabenträgerin hat im Rahmen ihres Erläuterungsberichts Angaben zur Ermittlung der UVP-Pflicht gemacht. Sie hat die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter des UVPG ermittelt und einer eigenen Bewertung unterzogen. Die anlage-, bau- und betriebsbedingten Auswirkungen des Vorhabens führen zu keinen erheblichen nachhaltigen Auswirkungen auf die Umwelt.

Es handelt sich bei der geplanten Maßnahme weder um einen Neu- noch um einen Ausbau, da die Strecke bereits heute vorhanden ist und durch die Maßnahme die Kapazität und Geschwindigkeit auf der Strecke nicht verändert wird.

Der Bahnübergang Osterwalder Str. (BÜ 105) soll technisch gesichert werden. Hierfür werden 125 qm Fläche neuversiegelt. Dabei handelt es sich um keine wertvollen Bereiche für Flora und Fauna sowie biologische Vielfalt. Die vorhandene Böschung wird auf einer Länge von 28 m angepasst sowie der Graben auf einer Länge von 8 m Verrohrt. Dieses hat jedoch keine Beeinträchtigung auf das Schutzgut Wasser und Pflanzen.

Der Bahnübergang Roggenkamp wird geschlossen. Damit die landwirtschaftlichen Flächen hinter dem Bahnübergang weiterhin erreichbar sind, wird ein Parallelweg angelegt. Hierfür werden landwirtschaftliche Flächen in einem Umfang von 953 qm teilversiegelt. Um diese Teilversiegelung sowie die oben genannte Neuversiegelung zu kompensieren wird die vorhandene Befestigung in Richtung Westen von dem Bahnübergang Roggenkamp entsiegelt (390 qm). Der bestehende Kompensationsbedarf wurde somit kompensiert.

Für das Schutzgut Boden sind Vermeidungsmaßnahmen wie z.B. Baggermatten zur Verhinderung von Bodenverdichtungen vorgesehen. Dennoch entstandene Bodenverdichtungen sowie die Baustelleneinrichtungsfläche (150 qm) werden nach Beendigung der Baumaßnahme wieder aufgelockert und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt. Auch Schadstoffeinträge in Boden sowie Grund- und Oberflächengewässer werden durch entsprechende Maßnahmen vermieden.

Gehölzbestände werden durch geeignete Vorkehrungen vor Beeinträchtigungen geschützt. Weitere (wertvolle) Biotope sind von der Maßnahme nicht betroffen.



Wertvolle Habitate oder streng geschützte Arten sind nicht zu erwarten. Die Baufeldfreimachung erfolgt außerhalb der Kernbrutzeit (nicht in der Zeit vom 01.03 bis 31.07 eines Jahrs), sodass die Beeinträchtigung von potenziellen Brutvögeln minimiert wird. Zudem wird 2 Wochen vor Beginn der Arbeiten das Baufeld nach Bruthabitaten und Lebensstätten wertgebener Arten überprüft (Blindschleiche, Waldeidechse). Der Rohrdurchlass wird amphibiangerecht gestaltet und es wird eine temporäre Leieinrichtung hergestellt, um zu verhindern, dass Tiere in das Baufeld gelangen. Durch die Beschränkung der Arbeiten auf den Tag werden Beeinträchtigungen für Fledermäuse minimiert. Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Tiers ist folglich nicht zu erwarten.

Durch die Grabenverrohrung sind keine Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten.

## **2.2.2 Materielle Rechtmäßigkeit**

Die technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Str. (BÜ 105) sowie der Rückbau des vorhandenen Bahnübergangs Roggenkamp (BÜ104) bei gleichzeitiger Herstellung eines Parallelweges wird zugelassen, da sie mit dem materiellen Recht in Einklang steht.

Der Umfang der materiell-rechtlichen Prüfung wird durch das Fachplanungsrecht und die Wirkungen der Planfeststellung bestimmt. Da durch die Planfeststellung die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt wird (sog. Gestaltungs- und Gestattungswirkung, § 75 Abs. 1 Satz 1 Hs. 1 VwVfG), ist neben dem AEG das gesamte berührte öffentliche Recht bei der Gestaltung des Vorhabens entweder zwingend zu beachten oder in der Abwägung zu berücksichtigen.

Einschlägige öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen des berührten öffentlichen Rechts sind im Rahmen dieser Planfeststellung geprüft worden. Die Planfeststellung ersetzt grundsätzlich sämtliche ansonsten erforderlichen Gestattungsakte (sog. Konzentrationswirkung, § 75 Abs. 1 Satz 1, HS. 2 VwVfG).

Das Vorhaben hält sich in den vom materiellen Recht gesteckten Grenzen. Gesetzliche Hinderungsgründe bestehen weder in Form höherstufiger zwingender Planungen noch in Form zwingender Rechtsvorschriften, so dass die Planfeststellungsbehörde in die Abwägung eintreten konnte. Die nach § 18 Abs. 1 Satz 2 AEG von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange sind bei der Planfeststellung in nachstehender Weise im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.

### **2.2.2.1 Planrechtfertigung**

Eine planerische Entscheidung trägt ihre Rechtfertigung nicht schon in sich selbst, sondern ist im Hinblick auf die von ihnen ausgehenden Einwirkungen auf Rechte Dritter rechtfertigungsbedürftig<sup>5</sup>. Voraussetzung dafür ist, dass für das beabsichtigte Vorhaben, gemessen an den Zielsetzungen des zugrunde liegenden Fachplanungsgesetzes, ein Bedarf besteht, die geplante Maßnahme unter diesem Blickwinkel also erforderlich ist. Dies trifft für eine Planung nicht erst

---

<sup>5</sup>vgl. BVerwG, Beschl. v. 23.10.2014 – 9 B 29.14 –, juris Rn. 4.



dann zu, wenn sie unausweichlich erscheint, sondern schon dann, wenn sie „vernünftigerweise geboten“<sup>6</sup> ist.

Durch die technische Sicherung des BÜ Osterwalder Str. wird die Sicherheit an diesem Bahnübergang erheblich gesteigert. Ebenfalls wird durch die Auflassung des BÜ Roggenkamp ein weiterer Gefahrenpunkt Schiene / Straße minimiert. Aus diesem Grund ist mit den beiden oben beschriebenen Maßnahmen eine Verbesserung der Sicherheit gegeben. Das Vorhaben ist daher objektiv gemessen an den Zielen des AEG aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit vernünftigerweise geboten. Aufgrund des geplanten Parallelweges bleibt zudem die Erreichbarkeit der Flächen hinter dem BÜ Roggenkamp weiterhin gegeben.

### **2.2.2.2 Variantenprüfung**

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts richten sich die Anforderungen des Abwägungsgebots im Fachplanungsrecht auch und gerade an das Berücksichtigen von planerischen Alternativen. Sich ernsthaft anbietende Alternativlösungen müssen bei der Zusammenstellung des abwägungserheblichen Materials berücksichtigt werden und in eine vergleichende Prüfung Eingang finden.<sup>7</sup>

#### **2.2.2.2.1 Nullvariante**

Bei der Null-Variante verbliebe der Zustand so, wie er sich ohne Realisierung des geplanten Vorhabens darstellt. Es ergäben sich keine neuen Belastungen für die Umwelt und andere Schutzgüter. Mit der Beibehaltung des Status quo (vorhandene Niedrighaltestelle) können jedoch die planerischen Ziele nicht erreicht werden.

#### **2.2.2.2.2 Bahnübergang Osterwalder Straße**

Der Bahnübergang Osterwalder Str. verbliebe bei Nichtumsetzung des geplanten Bauvorhabens ohne eine technische Sicherung und wurde dadurch ein erhebliches Risiko darstellen. Zudem würde der Bahnübergang nicht mehr den Anforderungen aus dem § 3 Nr. 3 EBKrG genügen. Eine Auflassung des Bahnübergangs kommt aufgrund der hohen Frequentierung, 2.500 KFZ / 24h und somit gem. § 11 Abs.13 Nr. 3 EBO, nicht in Betracht.

#### **2.2.2.2.3 Bahnübergang Roggenkamp**

Eine technische Sicherung des Bahnübergangs ist aufgrund der niedrigen Frequentierung, weniger als 100 KFZ / 24h und somit gem. § 13 Nr. 3 EBO als schwach einzustufen, nicht verhältnismäßig. Um den bestehenden Gefahrenpunkt dennoch zu minimieren und den Anforderungen aus dem § 3 EKrG gerecht zu werden, wurde sich dazu entschlossen diesen Bahnübergang aufzulassen.

Damit jedoch die sich hinter dem Bahnübergang Roggenkamp befindlichen Flächen weiterhin erreichbar bleiben wurde sich dazu entschieden einen Parallelweg anzulegen. Dieser soll östlich vom Bahnübergang Roggenkamp bis zum Bahnübergang Osterwalder Str. verlaufen. Den Parallelweg südlich vom BÜ Roggenkamp verlaufen zu lassen ist aufgrund der fast doppelt so großen Entfernung zum nächsten Bahnübergang nicht vorzugswürdig, sodass die gewählte

---

<sup>6</sup> vgl. BVerwG, ebd.

<sup>7</sup> BVerwG, Beschluss v. 24.4.2009 - 9 B 10.09 -, NVwZ 2009, 986 = juris, Rn. 5 m. w. N.



Variante (östlich vom BÜ Roggenkamp) die direkte und kürzeste ist.

#### **2.2.2.2.4 Wahl der Vorzugsvariante**

Die Vorhabenträgerin hat sich aus den oben genannten Gründen dazu entschieden den Bahnübergang Osterwalder Str. technisch zu sichern, den Bahnübergang Roggenkamp aufzulassen und östlich vom BÜ Roggenkamp zum BÜ Osterwalder Str. einen Parallelweg anzulegen. Die von der Vorhabenträgerin der Argumentation zur Wahl der Vorzugsvariante zu Grunde gelegten Kriterien sind sachgerecht und schlüssig.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der möglichen Alternativen ist die von der Vorhabenträgerin getroffene Wahl nicht zu beanstanden. Durch diese Varianten kann das Planungsziel, nämlich die Verbesserung der Sicherheit, realisiert werden.

### **2.2.2.3 Naturschutzrecht**

#### **2.2.2.3.1 Eingriffsregelung**

Das Vorhaben entspricht den Vorgaben der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, vgl. §§ 13 ff. BNatSchG, §§ 5 ff. Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG). Danach sind erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft (Eingriffe) vom Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder, soweit solche nicht möglich sind, durch Ersatz in Geld zu kompensieren (vergleiche § 13 BNatSchG). Die strikt zu beachtenden Pflichten des § 15 BNatSchG sind eingehalten. Die jeweilige Ausgestaltung der Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen hat die Planfeststellungsbehörde in der Abwägung angemessen berücksichtigt. Dabei hat die Planfeststellungsbehörde ihren Beurteilungsspielraum<sup>8</sup> sachgerecht anhand anerkannter Bewertungsmaßstäbe ausgefüllt.

#### **2.2.2.3.2 Eingriff**

Die technische Sicherung sowie der Bau des Parallelweges stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Eingriffe sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können (§ 14 Absatz 1 BNatSchG).

Für die Maßnahme werden 125 qm Fläche neuversiegelt. Zudem wird eine vorhandene Böschung auf einer Länge von 28 Metern angepasst und ein Graben auf einer Länge von 8 Metern verrohrt. Für die Anlegung des Parallelweges werden insgesamt 953 qm Fläche teilversiegelt. Es liegt demnach ein Eingriff im Sinne des § 14 BNatSchG beim Schutzgut Boden vor.

Weitere erhebliche Beeinträchtigungen anderer Schutzgüter liegen nicht vor.

#### **2.2.2.3.3 Vermeidungsgebot**

Das in § 15 Absatz 1 BNatSchG statuierte strikt zu beachtende Vermeidungsgebot ist im Rahmen der festgestellten Planung beachtet worden. Beeinträchtigungen sind vermeidbar, wenn zumutbare Alternativen gegeben sind, den mit dem Eingriff verfolgten Zweck am gleichen Ort

---

<sup>8</sup> BVerwG, Urteil vom 18. März 2009 – 9 A 40/07, juris Rn. 28.



ohne oder mit geringen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erreichen (§ 15 Absatz 1 Satz 2 BNatSchG). Das Vermeidungsgebot verlangt folglich nicht eine Unterlassung des Vorhabens, sondern die Vermeidung damit einhergehender Beeinträchtigungen neben der Realisierung des Vorhabens am vorgesehenen Standort.

Die Vorhabenträgerin wird Gehölzbestände und sensible Vegetationsflächen, die an den Arbeitsraum angrenzen, während der Bauzeit durch geeignete Vorkehrungen gem. DIN 18920 und RAS-LP 4 vor Beeinträchtigungen schützen. Ebenfalls werden Plätze zur Betankung und Wartung von Fahrzeugen eingerichtet und die Fahrzeuge werden mit Tropfwannen ausgestattet, um Schadstoffeindränge in Boden sowie Grund- und Oberflächenwasser zu vermeiden. Der Boden wird gem. DIN 18915 und DIN 19731 sachgerecht ein- und ausgebaut, gelagert sowie vor vermeidbaren Beeinträchtigungen geschützt. Die erstmalige Flächeninanspruchnahme erfolgt außerhalb der Kernbrutzeit (01.08 bis 29.02 eines jeden Jahres), sodass Beeinträchtigungen der Tierwelt und artenschutzrechtliche Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG nicht eintreten. Zudem wird ca. zwei Wochen vor Errichtung der Baustelle diese begangen und kontrolliert, ob Bruthabitate und Lebensstätten wertgebender Arten vorhanden sind. Zur Vermeidung von Tieren im Baufeld wird eine Leiteinrichtung installiert und täglich kontrolliert. Zudem wird der geplante Rohrdurchlass amphibiengerecht gestaltet. Um die Beeinträchtigung von dämmerungs- und nachtaktiven Säugetieren (Fledermäuse) zu vermeiden, wird auf nächtliche Bauarbeiten verzichtet.

Das Vermeidungsgebot im Sinne von §§ 13 Satz 1, 15 Absatz 1 Satz 1 BNatSchG wird durch die vorgesehenen Maßnahmen erfüllt. Insbesondere ergreift die Vorhabenträgerin Maßnahmen zur Vermeidung bei den Schutzgütern Pflanzen, Boden, Wasser und Tiere. Darüberhinausgehende Vermeidungsmaßnahmen sind weder angezeigt noch erforderlich.

#### **2.2.2.3.4 Ausgleich und Ersatz**

Die Planung hält ebenfalls die strikte Pflicht zu möglichen Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen nach § 15 Absatz 2 Satz 1 BNatSchG ein.

Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild wieder landschaftsgerecht neugestaltet ist (§ 15 Absatz 2 Satz 2 BNatSchG). Der erforderliche Ausgleich ist gleichsam erreicht, wenn alle erheblichen Beeinträchtigungen mit Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf ein unerhebliches Maß gesenkt werden können. Sie stehen im räumlich-funktionalen Zusammenhang mit der durch den Eingriff verursachten Beeinträchtigung. Dafür müssen sie nicht zwangsläufig an Ort und Stelle des Eingriffs ausgeführt werden, aber in demselben Naturraum, der von dem Eingriff in Mitleidenschaft gezogen wird. Das ist fast immer ein größeres Gebiet als die überbaute oder unmittelbar veränderte Grundfläche. Ersetzt ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in dem betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neugestaltet ist (§ 15 Absatz 2 Satz 3 BNatSchG). Die nach Durchführung der festgesetzten Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen verbliebenen unvermeidbaren Eingriffe werden durch Kompensationsmaßnahmen der Planung so weit wie möglich bewältigt.





Durch die Neuversiegelung von 125 qm, die durch die technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Straße entsteht, sowie die Teilversiegelung von 953 qm die aufgrund des geplanten Parallelweges entstehen, ergibt sich insgesamt ein Kompensationsbedarf von 390 qm. Dieser Kompensationsbedarf wird durch die Entsiegelung und Rekultivierung des Wirtschaftsweges Roggenkamp ausgeglichen. Nach Abtrag der Asphalt- und Schottertagschicht wird Oberboden aufgetragen und zur Bildung eines Saumes mit einer kräuterreichen Saatgutmischung eingesät.

#### **2.2.2.3.5 Naturschutzfachliche Abwägung**

Die naturschutzfachliche Abwägung nach § 15 Absatz 5 BNatSchG führt zu dem Ergebnis, dass der Eingriff als zulässig anzusehen ist, weil die durch das Vorhaben „Technische Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Straße sowie den Rückbau des vorhandenen Bahnübergangs Roggenkamp bei gleichzeitiger Herstellung eines Parallelweges“ entstehenden Beeinträchtigungen so weit wie möglich zu vermeiden beziehungsweise in angemessener Frist auszugleichen oder zu ersetzen sind und die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege in einer Abwägung mit anderen Belangen dem Interesse an der Realisierung des Vorhabens nicht vorgehen. Das Interesse an der technischen Sicherung des Bahnübergangs Osterwalder Straße sowie dem Rückbau des bestehenden Bahnübergangs Roggenkamp überwiegt das Interesse an der Integrität von Natur und Landschaft, da die höhere Sicherheit, die nach der Umsetzung des Vorhabens gegeben ist, für alle Personen eine Verbesserung des Status quo darstellt.

#### **2.2.2.4 Artenschutz**

Das Vorhaben bewegt sich im Rahmen des strikt zu beachtenden Artenschutzrechts. Der vorliegende Plan löst keine Verbote des allgemeinen und vor allem des besonderen Artenschutzes nach § 44 Abs. 1 u. 2 BNatSchG aus.

Nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es untersagt, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten erheblich zu stören. Eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG verbietet es, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, sie zu beschädigen oder zu zerstören. Schließlich ist es nach § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG verboten, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG ist nicht tangiert, da gefährdete oder besonders geschützte Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie und § 7 Abs. 2 Nr. 13 und Nr. 14 BNatSchG im Plangebiet nicht vorkommen.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird nicht erfüllt. Durch die Ausführung der Maßnahme V<sub>ART</sub> 1 „Baufeldfreimachung“ außerhalb der Kernbrutzeiten (01. März -



31. Juli) wird eine Tötung oder Verletzung von brütenden oder nistenden Vögeln sowie Jungtieren ausgeschlossen. Darüber hinaus wird mit der Maßnahme der Baufeldkontrolle (V<sub>ART</sub> 2) sowie der Herstellung temporärer Leiteinrichtungen für Reptilien (V<sub>ART</sub> 5) die Tötung oder Verletzung von Individuen verschiedener potenziell vorkommender Reptilienarten vermieden, indem das Baufeld vor Baubeginn auf Lebensstätten kontrolliert wird und im Nachfolgenden die Leiteinrichtungen das Einwandern in Baubereiche verhindern. Mit dem Verzicht auf nächtliche Bauarbeiten zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang sowie keine nächtliche Beleuchtung (V<sub>ART</sub> 4) wird das Tötungs- und Verletzungsrisiko von dämmerungs- und nachtaktiven Arten der Fledermäuse wie auch Vögel ausgeschlossen.

Auch der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird nicht erfüllt. Baubedingte Störungen sind grundsätzlich nicht auszuschließen und können beispielsweise durch Licht- oder Lärmemissionen von der Baustelle ausgehen. Durch die baulichen Aktivitäten wird mit dem direkten Baufeld eine kleinräumige Fläche für bodenbrütende Vogelarten temporär nicht mehr als Bruthabitat zur Verfügung stehen. Erhebliche Störungen im Umfeld der Baumaßnahme sind aufgrund der Vorbelastung durch die Gleisanlage nicht zu erwarten. Geeignete Flächen auf denen die Arten ausweisen können stehen im direkten Umfeld zur Verfügung. Durch die Maßnahmen der Baufeldfreimachung (V<sub>ART</sub> 1) und Baufeldkontrolle (V<sub>ART</sub> 2) können erhebliche Störungen der Avifauna, Reptilien und Fledermäuse ausgeschlossen werden. Unter Berücksichtigung des Verzichts auf nächtliche Bauarbeiten zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang sowie keine nächtliche Beleuchtung (V<sub>ART</sub> 4) können erhebliche Störungen von jagenden Fledermäusen ausgeschlossen werden. Durch die Errichtung eines amphibiangerechten Rohrdurchlasses im Bereich des geplanten Parallelwegs an der Ecke zur Osterwalder Straße wird eine Störung von potenziell wandernden Amphibien vermieden (V<sub>ART</sub> 4). Eine Verschlechterung der lokalen Population der jeweiligen Arten durch erhebliche Störungen kann durch die geringfügige Betroffenheit sowie die Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen werden.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird nicht erfüllt. Durch das Vorhaben sind keine Gebüsch- oder Gehölzbestände betroffen, sodass es zu keiner Betroffenheit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätte von Gehölz bewohnenden Fledermaus- der Vogelarten kommt. Durch die erstmalige Baufeldfreimachung (Maßnahme V<sub>ART</sub> 1) außerhalb der Kernbrutzeit von Vögeln (01. März – 31. Juli) wird die baubedingte Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vermieden und entsprechende Auswirkungen auf potenziell vorkommenden Halboffen- und Offenlandarten können ausgeschlossen werden. Die ökologische Gesamtsituation des von dem Vorhaben betroffenen Bereichs wird durch die Baufeldfreimachung im Hinblick auf seine Funktion als Fortpflanzungs- und Ruhestätte nicht verschlechtert, da ein Ausweichen der Arten im Umfeld möglich ist.

#### **2.2.2.5 Immissionen**

Zum Schutz der im Einwirkungsbereich des Vorhabens gelegenen Anwohner sind schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des § 3 Abs. 1 BImSchG möglichst zu vermeiden und die insoweit bestehenden rechtlichen Vorgaben zu beachten. Als schädliche Umwelteinwirkungen bezeichnet § 3 Abs. 1 BImSchG Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen. In diesem Sinne schädliche Umweltauswirkungen sind weder



vorgetragen noch sonst ersichtlich. Die von der Baustelle allenfalls ausgehenden baubedingten Immissionen werden schon wegen der kurzen Dauer und den Nebenbestimmungen unter Ziff. 1.3 keine schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne von § 3 Abs. 1 BImSchG hervorrufen. Dies gilt in erster Linie für Lärmimmissionen, aber auch für Immissionen durch luftfremde Schadstoffe oder Erschütterungen.

#### **2.2.2.6 Eisenbahn**

Eisenbahnrechtliche Grundlage für die Baumaßnahme ist die Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung (EBO). Die EBO konkretisiert die Anforderungen des AEG an den Bau und Betrieb von Eisenbahnanlagen (vgl. §§ 4, 26 Abs. 1 Nr. 1 a AEG). Danach müssen Bahnanlagen zwingend so beschaffen sein, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen. Diese Anforderungen gelten nach § 2 Abs. 1 Satz 2 EBO als erfüllt, wenn die Bahnanlagen den Vorschriften der EBO und, soweit diese keine ausdrücklichen Vorschriften enthält, anerkannten Regeln der Technik entsprechen.

Aus Sicht der Landeseisenbahnaufsicht kann das Vorhaben nach den eisenbahntechnisch geprüften Unterlagen ausgeführt werden; hierbei sind die in der Stellungnahme der LEA vom 16.05.2024 (BEN 1/L2-4048) genannten Hinweise und Auflagen von der Vorhabenträgerin zu beachten.

Die eisenbahnbetriebsbezogene Ausführungsplanung ist nicht Gegenstand der Planfeststellung. Planfeststellung und Ausführungsplanung bilden zwar eine sachliche Einheit, die keine Widersprüche untereinander aufweisen dürfen. Gleichwohl ist es zulässig, die Bauausführung aus der Planfeststellung auszuklammern, soweit der Stand der Technik für die zu bewältigenden Probleme geeignete Lösungen zur Verfügung stellt. Es reicht soweit aus, wenn sichergestellt ist, dass die einschlägigen technischen Regelwerke, in denen der Stand der Technik Ausdruck gefunden hat, in der das Vorhaben weiter konkretisierenden Ausführungsplanung beachtet werden. Die Prüfung, ob die Ausführungsplanung der Vorhabenträgerin diesen Anforderungen genügt, muss anerkanntermaßen nicht notwendig im Planfeststellungsverfahren erfolgen. Es genügt vielmehr, der Vorhabenträgerin aufzugeben, ihre Ausführungsplanung vor Baubeginn der zuständigen Aufsichtsstelle vorzulegen<sup>9</sup>.

Dementsprechend bleibt die erforderliche Prüfung der eisenbahnbetriebsbezogenen Ausführungsplanung außerhalb dieses Planfeststellungsverfahrens vorbehalten. Die an die aufsichtliche Prüfung der Ausführungsplanung geknüpfte Baufreigabe stellt dabei ein Internum zwischen der Aufsichtsstelle und der Antragstellerin dar.

Die Prüfung der eisenbahnbetriebsbezogenen Ausführungsplanung, soweit diese nicht im Planfeststellungsverfahren erfolgt, und die eisenbahnbetriebsbezogene Bauüberwachung erfolgen durch die für die Eisenbahnaufsicht nach § 5 Abs.1a Nr.2 AEG i. V. m. § 12 Abs. 1 S. 1 ZustVO-Verkehr, derzeit zuständige LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, der die Vorhabenträgerin die Ausführungsunterlagen deshalb vor Baubeginn vorzulegen hat.

#### **2.2.2.7 Gesamtabwägung**

Die Planfeststellungsbehörde kommt nach sorgfältiger Abwägung der berührten öffentlichen

---

<sup>9</sup> Vgl. BVerwG, Urt. v. 05.03.1997, 11 A 5/96, Rn. 22.



und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit zu dem Ergebnis, dass mit der Verwirklichung des Vorhabens keine schutzwürdigen Interessen wesentlich beeinträchtigt werden. Alle nach Lage der Dinge in die Abwägung einzubeziehenden Gesichtspunkte wurden berücksichtigt und mit ihrem jeweiligen Gewicht gewürdigt, so dass eine entsprechende Ausgewogenheit des Planes sichergestellt ist. Die Prüfung der Umweltverträglichkeit hat keine Erkenntnisse ergeben, die durchgreifende Bedenken gegen das Vorhaben begründen könnten. Hierbei war insbesondere zu beachten, dass wertvolle Habitate oder streng geschützte Arten nicht zu erwarten sind und die Baufeldfreimachung außerhalb der Kernbrutzeit (nicht in der Zeit vom 01.03 bis 31.07 eines Jahrs) erfolgt, sodass die Beeinträchtigung von potenziellen Brutvögeln minimiert wird. Etwaige dem Vorhaben entgegenstehende Interessen sind im Verfahren dagegen nicht hervorgetreten und sind auch nicht erkennbar.

Mit den zu beteiligenden Trägern öffentlicher Belange ist insgesamt das Benehmen hergestellt worden.

Dem Antrag wird deshalb nach Maßgabe der von den Trägern öffentlicher Belange geforderten Nebenbestimmungen entsprochen.

### **2.3 Private Einwendungen**

Private Einwendungen wurden im Verfahren nicht vorgebracht.

### **2.4 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange**

Das Vorhaben ist mit den in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Träger öffentlicher Belange abgestimmt. Die Forderungen, Anregungen und Hinweise der Fachbehörden und Verbände berücksichtigt die Planfeststellungsbehörde so weit wie möglich oder stellt deren Beachtung durch die Inhalts- und Nebenbestimmungen dieses Beschlusses sicher.

Im Übrigen wird auf die nachfolgenden Ausführungen zu den Stellungnahmen verwiesen.

#### **2.4.1 Keine Anmerkungen/Hinweise/Bedenken**

Von den Trägern öffentlicher Belange, die eine Stellungnahme abgegeben haben, gaben die Ericsson Services GmbH, die EWE NETZ GmbH, die nvb Nordhorer Versorgungsbetriebe GmbH, Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Geschäftsbereich Lingen), das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, die DB Energie GmbH, die GASCADE Gastransport GmbH, die PLEdoc GmbH, das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück, die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, das Eisenbahn-Bundesamt, die Neptune Energy Deutschland GmbH sowie die Nowega GmbH an, dass ihre Belange von dem Vorhaben entweder nicht berührt seien oder keine Bedenken gegen das Vorhaben bestünde.

#### **2.4.2 Gasunie Deutschland Transport Services GmbH**

Die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH hat in ihrer Stellungnahme vom 13.05.2024 darauf hingewiesen, dass durch das Vorhaben Erdgastransportleitungen / Kabel von Gasunie Deutschland vertretenen Unternehmen betroffen seien. Die Vorhabenträgerin sagte die Beachtung sämtlicher Hinweise und Auflagen zu (vgl. 1.4.2).

Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde sind keine weiteren Regelungen erforderlich.





### **2.4.3 Westnetz GmbH**

Die Westnetz GmbH hat mit Ihrer Stellungnahme vom 13.05.2024 dem Grunde nach keine Bedenken gegen das hier gegenständlichen Vorhaben geäußert, sofern die Hinweise und Auflagen beachtet werden. Die Vorhabenträgerin hat in diesem Zusammenhang die Einhaltung und Beachtung der o. g. Nebenbestimmung zugesagt (vgl. 1.4.3).

Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde sind keine weiteren Regelungen erforderlich.

### **2.4.4 LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht MBH**

Im Rahmen der eisenbahntechnischen Prüfung der vorgelegten Antragsunterlagen teilt die LEA in Ihrem Schreiben vom 16.04.2024 (BEN 1/L2-4048) unter Bezug auf das Antragsschreiben der Vorhabenträgerin mit, dass das beantragte Vorhaben nach den eisenbahntechnisch geprüften Antragsunterlagen ausgeführt werden könne. Die in diesem Zusammenhang erteilten Hinweise seien zu beachten (vgl. 1.4.1).

Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde sind keine weiteren Regelungen erforderlich.

### **2.4.5 Deutsche Telekom Technik GmbH**

Mit Stellungnahme vom 19.06.2024 hat die DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH ausgeführt, dass durch das Vorhaben sowohl das Interesse der Telekom an der Unversehrtheit ihres Netzes, als auch das Interesse der Allgemeinheit an einer ungestörten Nutzung des Netzes beeinträchtigt werden würde. Zur Begründung verweist die Telekom auf das Vorhandensein einer oberirdischen Telekommunikationslinie im Plangebiet. Die Planung sei so zu verändern, dass die betroffene TK-Linie in ihrer jetzigen Lage verbleiben könnte. Alternativ sei der Vorhabenträgerin aufzuerlegen, die Kosten der Telekom für die Sicherung/Änderung/Verlegung der TK-Linie im erforderlichen Umfang zu tragen. Bei der Bauausführung sei zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen TK-Linien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen der ungehinderte Zugang zu den TK-Linien jederzeit möglich sei. Die Kabelschutzanweisung der Telekom sei zu beachten.

Die Vorhabenträgerin werde sich rechtzeitig vor Baubeginn mit der Telekom abstimmen und die für die Verlegung / Sicherung der vorhandenen Versorgungsleitungen entstehende Kosten übernehmen.

Die Planfeststellungsbehörde nimmt in den Nebenbestimmungen unter Nr. 1.4.4 die Zusagen der Vorhabenträgerin mit auf. Bezgl. den ggf. entstehenden Kosten verweist die Planfeststellungsbehörde auf Nr. 1.3.1 des Beschlusses.

### **2.4.6 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**

Das LBEG weist in seiner Stellungnahme auf die DIN 19639 (Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben) hin sowie auf weitere Schutzmaßnahmen in Bezug auf das Schutzgut Boden. Ebenfalls wird auf den Geobericht 28 und den Geofakt 31 hingewiesen.

Das LBEG weist darauf hin, dass sich im Planungsgebiet Leitungen der Gasunie und Neptune befinden.





Die Vorhabenträgerin wird die aufgeführten Hinweise und Anmerkungen beachten und aufführen.

Die Planfeststellungsbehörde beteiligte die beiden oben genannten Betreiber im Rahmen des Anhörungsverfahrens (vgl. 2.1.2). Die Maßnahmen zum Bodenschutz sind bereits in den Maßnahmenblättern erhalten. Die DIN 19639 wird unter den Hinweisen mit aufgenommen (vgl. 4.2). Weitere Regelungen sind aus Sicht der Planfeststellungsbehörde nicht zu treffen.

#### **2.4.7 LGLN – Kampfmittelbeseitigungsdienst**

Das LGLN weist darauf hin, dass das heutige Gebiet des Landes Niedersachsens vollständig durch Kampfhandlungen betroffen war. Eine Kriegsluftbilddauswertung wird vor geplanten Bodeneingriffen empfohlen.

Die Planfeststellungsbehörde nimmt unter Nr. 1.3.4 des Beschlusses mit auf, dass das Vorkommen von Kampfmitteln vor Baubeginn so weit wie möglich ausgeschlossen sein muss.

### **2.5 Begründung zur Kostenentscheidung**

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 1, 3, 5, 9 und 13 des Nds. Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG)<sup>10</sup> i. V. m. lfd. Nr. 91.7.14 der Anlage zu § 1 Abs. 1 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO)<sup>11</sup>. Die Höhe der Kosten ergeht durch einen gesonderten Bescheid.

### **3 Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht, Uelzener Straße 40, 21335 Lüneburg erhoben werden. Eine Klage wäre gegen die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, zu richten.

### **4 Hinweise**

#### **4.1 Landeseisenbahnaufsicht**

Die Hinweise in den Schreiben der LEA mbH vom 16.05.2024 (AZ: BEN 1 / L2-4048) sind zu beachten.

#### **4.2 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie**

Als fachliche Grundlage sollte, neben den in den Unterlagen genannten DIN 18915 und DIN 19731, insbesondere DIN 19639 (Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben) dienen. Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient zudem als Leitfaden zu diesem Thema in Niedersachsen. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 „Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis“ zu finden.

---

<sup>10</sup> Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) vom 25. April 2007 (Nds. GVBl. S. 172), in der derzeit gültigen Fassung.

<sup>11</sup> Allgemeine Gebührenordnung (AllGO) vom 5. Juni 1997 (Nds. GVBl. S. 171), in der derzeit gültigen Fassung.



### 4.3 Hinweise zur Zugänglichmachung

Dieser Planfeststellungsbeschluss sowie die unter 1.2 dieses Beschlusses genannten Planunterlagen werden für die Dauer von zwei Wochen auf der Internetseite der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>) zugänglich gemacht.

Einem Betroffenen oder demjenigen, der Einwendungen erhoben hat, wird eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt, wenn er oder sie während der Dauer der Veröffentlichung ein entsprechendes Verlangen an die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gerichtet hat.

Gegenüber den Betroffenen und demjenigen, der Einwendungen erhoben hat, gilt der Planfeststellungsbeschluss gem. § 18b Abs. 3 AEG nach Ablauf von zwei Wochen seit der Zugänglichmachung auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde als bekanntgegeben (Bekanntgabefiktion).

### 4.4 Außerkrafttreten

Dieser Planfeststellungsbeschluss tritt gemäß § 18c Nr. 1 AEG außer Kraft, wenn mit der Durchführung des Planes nicht innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen worden ist, es sei denn, er wird vorher von der Planfeststellungsbehörde um höchstens fünf Jahre verlängert.

### 4.5 Berichtigungen

Offensichtliche Unrichtigkeiten dieses Beschlusses (z. B. Schreibfehler) können durch die Planfeststellungsbehörde jederzeit berichtigt werden; bei berechtigtem Interesse eines an dem vorliegenden Planfeststellungsverfahren Beteiligten hat die genannte Behörde solche zu berichtigen, ohne dass es hierzu jeweils der Erhebung einer Klage bedarf (vgl. § 42 VwVfG).

Im Auftrage

D. Schneider







## Abkürzungsverzeichnis

§	.....	Paragraph
§§	.....	Paragraphen
AEG	.....	Allgemeines Eisenbahngesetz
AG	.....	Aktiengesellschaft
AllGO	.....	Allgemeine Gebührenordnung
ArL	.....	Amt für regionale Landesentwicklung
AVV-Baulärm	.....	Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm
BImSchG	.....	Bundesimmissionsschutzgesetz
BImSchV	.....	32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
BNatSchG	.....	Bundesnaturschutzgesetz
BÜ	.....	Bahnübergang
DIN	.....	Deutsches Institut für Normung
EBO	.....	Eisenbahn- Bau und Betriebsordnung
EKrG	.....	Eisenbahnkreuzungsgesetz
FFH-Richtlinie	.....	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
GEV	.....	Grundstückseigentümerverzeichnis
GmbH	.....	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	.....	Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Compagnie Kommanditgesellschaft
h	.....	hour (dt: Stunde)
KFZ	.....	Kraftfahrzeug
LBEG	.....	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
LEA	.....	Landes Eisenbahnaufsicht
LFB	.....	Landespflegerischer Begleitplan
LGLN	.....	Landesamts für Geoinformationen und Landesvermessung Niedersachsen
NAGBNatSchG	.....	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz
NESG	.....	Niedersächsische Gesetz über Eisenbahnen und Seilbahnen
NLSTBV	.....	Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
NLWKN	.....	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
NVwKostG	.....	Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz
RAS-LP	.....	Richtlinie für die anlage von Straßen-Landschaftspflege
RD	.....	Regionaldirektion
rGB	.....	regionaler Geschäftsbereich
TK-Linie	.....	Telekommunikationslinie
UVP	.....	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	.....	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VwVfG	.....	Verwaltungsverfahrensgesetz
ZustVO-Verkehr	.....	Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Verkehr